

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 1,30 Mark pro Monat
Einzelpreis: 4 Pfennig

Vormwärts

Die Interaktions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonne
je Seite oder deren Raum 40 Pf.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Telegraphenamt: Nr. 151 90-151 97.

Montag, den 15. Januar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Telegraphenamt: Nr. 151 90-151 97.

Vadeni im Vormarsch auf Galatz genommen.

Deutsche Vorstöße an der Goldenen
Bistritz — Fortschritt südlich der Ditoz-
Straße — Russischer Vorstoß nordwestlich
Braila und feindlicher Angriff zwischen
Bardar und Doiran-See erfolglos.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 14. Januar 1917.
Westlicher Kriegsschauplatz.
Außer lebhafterem Artilleriefeuer beiderseits der Somme
war an der ganzen Front bei Regen und Schnee nur geringe
Gefechtsaktivität.

Während der Nacht wurden an mehreren Stellen feindliche
Patrouillen-Vorstöße abgewiesen.
Ostlicher Kriegsschauplatz.
Front des Generalfeldmarschalls Prinz
Leybold von Bayern.
Keine Ereignisse von wesentlicher Bedeutung.

Front des Generalsoberst Erzherzog Josef.
In den Ostkarpaten drangen nördlich der Goldenen Bistritz
deutsche Grenadiere an mehreren Stellen in die russische Stellung
ein, fügten dem Feind schwere Verluste zu und leiteten beträch-
tlich mit Beute und Gefangenen in die eigene Stellung zurück.
Südlich der Ditoz-Straße wurde eine vom Feind besetzte
Kuppe gestürmt. 50 Gefangene fielen in die Hand des An-
greifers.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls
von Medensen.
Ungünstige Witterungsverhältnisse schränkten die Gefechts-
aktivität ein. Ein russischer Vorstoß am Seeost nordwestlich
Braila ist abgeschlagen.

Mazedonische Front.
Zwischen Bardar und Doiran-See blieb ein feindlicher An-
griff gegen unsere Stellungen südlich Stojakovo erfolglos.
Der Erste Generalquartiermeister.
Lubendorff.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, 14. Januar, abends.
West- und Ostfront keine besonderen Kampf-
handlungen.
An der Bahn Braila-Galatz ist der Ort
Vadeni genommen.

Die Bahn Braila-Galatz verläuft in stark nach Westen aus-
buchtendem Bogen. Auf der wieder nach Osten gerichteten
Straße liegt, südlich vom untersten Bereich, der Bahnort
Vadeni. Westlich davon liegen La Burtea und Mihalea, die
schon genommen sind.

Der österreichische Bericht.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Wien, 14. Januar. Amlich wird verlautbart:
Westlich von Vadeni schlugen osmanische Truppen einen
russischen Vorstoß zurück. Sonst in der rumänischen Ebene
wegen schlechten Wetters keine besondere Kampfaktivität.
Südwestlich von Gherla nahmen gestern früh die Ba-
taillone des Generals Goldbach in überraschendem Angriff die
Höhe 701. Bei Raum von 2 1/2 Stunden erfolgte eine Unter-
nehmung deutscher Abteilungen, die dem Feinde schwere Ver-
luste zufügten. Weiter nördlich nichts zu melden.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Ruhe.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Am 11. Januar griffen Teile dreier französischer Regi-
menter die Österreichisch-ungarischen Stellungen am Süden des
Ochrida-See von Osten her an. Der französische Angriff wurde
abgeschlagen, waren auch südlich des Sees angreifende öster-
reichisch-ungarische und bulgarische Abteilungen mitwirkten.
Gestern früh gingen unsere Truppen zum Gegenangriff über und
warfen den Feind über die Cerava zurück.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Dörfel, Feldmarschalleutnant.

Kriegsführung und Demokratie.

Seit der Ablehnung des deutschen Friedensangebots
durch die Gegner wird ein gewisser Teil der Presse wieder
mit Resolutionen überschüttet, in denen die deutsche
Kriegsführung mit mancherlei, mitunter in recht kata-
gorische Formen gekleideten Ratschlägen versehen wird.

Es ist beachtenswert, daß dieser Resolutionssturm gerade
von einer Seite ausgeht, die sich sonst in allen innern Reichs-
angelegenheiten als die berufene Vorkämpferin gegen die
„überhandnehmende Demokratisierung des Staats-
lebens“ zu empfehlen pflegt.

Hier waltet ein tragikomisches Mißverständnis. Die be-
rufenen Bekämpfer der Demokratie verfahren in diesem
lebenswichtigen Punkte „demokratischer“ als die Demokraten
selbst.

Demokratischer Grundsatz ist, daß die Führung des
Staates dem Willen des Volkes entspringen und nur so lange
im Amte bleiben soll, als sie sich das Vertrauen des Volkes
zu erhalten weiß. Ein solches Vertrauensverhältnis wäre
ohne Sinn, wenn es nicht mit gewissen Vollmachten verknüpft
wäre. Wenn das Volk lechte Instanz sein soll, so ist damit
nicht gesagt, daß es in allen Dingen die erste ist und daß
feinerlei Maßnahmen der Staatsleitung getroffen werden
dürften, bevor das Volk ihnen zugestimmt hat. Es ist am
wenigsten damit gesagt, daß die Maßnahmen der Krieg-
führung von den Abstimmungen abhängig gemacht wer-
den sollen, die in verschiedenen wohlmeinenden, sich selbst als
„vaterländisch“ bezeichnenden Vereinen stattfinden.

Dieselben Herren, die in ihrer Presse und in ihren Ver-
sammlungen der Kriegsführung Direktiven für ihr ferneres
Verhalten erteilen, pflegen ihren Widerstand gegen die
Demokratisierung des Staatswesens auf den Satz zu grün-
den, daß ein Staat nur auf den Grundlagen gedeihen
könne, auf denen er groß geworden sei.

Was wohl der alte Fritz gesagt haben würde, wenn ihm
ein „vaterländischer Verein“ aus Dingsda eine Resolution
geschickt hätte, in der ihm vorgeschrieben worden wäre, wie
der Siebenjährige Krieg zu führen sei?

Noch im Preußen nach Jena war, in Kriegs- wie in
Friedenszeiten, jede Vereinsaktivität verboten. Auch die
patriotische Absicht, die regierungstreundliche Gesinnung
schützte nicht vor schweren Freiheitsstrafen. Wäre es richtig,
daß ein Staat nur auf den Grundlagen gedeihen kann, auf
denen er groß geworden ist, so würden alle Zeitungsschreiber
und alle Vereinsredner, für die das deutsche Alphabet nicht
mit A, sondern mit U anfängt, längst im Zuchthaus
sitzen und bei Kumpfuß und blauen Heinrich darüber
nachdenken können, was es heißt, dem König von Preußen
in seine Geschäfte dreinzureden.

Als Demokraten stehen wir auf dem Standpunkt, daß
keinerlei Meinungsäußerung unterbunden und mit Strafe
belegt werden soll. Aber wir meinen auch, daß ein Volk, je
freier es ist, desto klarer die Grenzen erkennen soll, die
zwischen bloßem Dazuhalten und sachmännlicher Erwägung
verantwortlicher Stellen gezogen sind. Wer einer Versammlung
zumutet, sie könne entscheiden, wie sich die deutschen U-Boote
in Sicht feindlicher oder neutraler Handelsdampfer zu ver-
halten hätten, der macht nur sich selbst und die Versammlung
zum Gespött. Denn zur Entscheidung dieser Frage sind
Kenntnisse notwendig, die sich heute der Öffentlichkeit
entziehen und die weder der Redner noch die von ihm ange-
sprochene Versammlung besitzen. Eine Versammlung, die
solche Entschlüsse fassen will, mag sich, wenn sie sich dazu für
befugt hält, erst die diplomatischen Berichte aus dem Ausland
und die Akten des Reichsmarineamts vorlegen lassen. Sie
mag dafür sorgen, daß die Frage in allen militärischen, tech-
nischen und politischen Einzelheiten öffentlich diskutiert
werden kann! Fehlen aber die notwendigen U n t e r l a g e n ,
so bleibt jede noch so feierliche und stürmisch beklatschte
„Beschlussfassung“ eine kindische Spielerei.

Solche Hochsprünge sind aber auch nur deshalb möglich,
weil wir kein geordnetes demokratisches Staatswesen be-
sitzen. Während wir auf der einen Seite zu wenig Demo-
kratie haben, produzieren wir auf der anderen Seite zuviel
von ihr, wobei freilich dann nichts anderes als eine lächerliche
Frage und Karikatur von Demokratie herauskommt. Und
die Anhänger dieser absonderlichen Seite von Demokratie sind
sich gar nicht des grotesken Widerspruchs bewußt, in den sie
sich verwickeln, indem sie die „Grundlagen des Staates gegen
die überhandnehmende Demokratisierung“ verteidigen und
zugleich von Wirtshaus zu Wirtshaus ziehen, um ihre Ver-
einsgenossen von der Notwendigkeit bestimmter militärischer
Maßregeln zu überzeugen.

Selbst uns zu einer wirklichen Volksregierung
und überträgt ihr die schwere Entscheidung, wie dieser Krieg

Der Versuch zur Einberufung des
Internationalen Bureaus.

Haag, 11. Januar. In „Der Volk“ vom 10. Januar be-
spricht Genosse Troelstra den immer unhaltbarer werdenden
Zustand, der durch Verkehrshindernisse und die Weigerung
der Ententegegner — speziell der französischen Partei —
betreffs Abhaltung einer Vollversammlung des I. S. V. entstanden
ist. Selbst über den Vorschlag der zurzeit mit der Exekutive
betrauten niederländischen Delegation betr. Einsetzung einer
Kommission zur Wiederherstellung der Kriegsverhältnisse infolge der
gestörten Beziehungen noch keine Entscheidung getroffen.
Die französische Partei fürchtet offenbar, daß diese Kom-
mission zu einer verkappten Zusammenarbeit auf politischem
Gebiet zwischen den Parteien führen könnte.

Der Verfasser verweist auf das Zunehmen der Strömung
in der französischen Partei, die für Wiederaufnahme der
internationalen Beziehungen ist und daß die Mehrheit auf
dem letzten Weihnachtst Kongress nur noch winzige 130 Stim-
men getragen habe; daß diese Mehrheit zudem nur eine
fiktive sei, daß die auf die besetzten Gebiete ent-
fallenden (aber nicht vertretenen) Stimmen einfach als
gegen die Wiederaufnahme der internationalen Bezie-
hungen in Rechnung gesetzt wurden. Ferner wird auf den
Beschluss der französischen Gewerkschaften verwiesen,
die sich für die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen
Internationalen ausgesprochen haben, und dann heißt es
wörtlich:

„Welches moralische Recht hat ein solches Votum der franzö-
sischen Partei, um in einer Zeit, wo selbst die Vertreter der herr-
schenden Klasse die Initiative zum Frieden ergriffen, das Prole-
tariat als Friedensmacht zu lähmen? Darf durch die 130 denkwür-
digen Stimmen das Organ, das ungeachtet aller Schwierig-
keiten seine Beziehungen zu allen Parteien aufrecht zu erhalten
wußte, zu einem toten Pferd am Baum erniedrigt und von jeder
wirklichen Aktion abgehalten werden?“

Diese Fragen waren in einer Vorstandssitzung der S. D. U. V.
und des niederländischen Exekutivkomitees des I. S. V. Gegen-
stand ernster Beratung. Das Resultat war, daß das Komitee sich
jetzt in aller Form an seinen Vorstehenden V a n d e r v e l d e und
an die englischen und französischen Parteien gewendet hat, um
1. eine Vollversammlung des Komitees (belgische und holländische
Mitglieder) abzuhalten;
2. für die Anwesenheit von Vertretern der französischen und
englischen Parteien Sorge zu tragen.

Auf die Tagesordnung der Versammlung stellte die holländische
Delegation die Einberufung einer Vollversammlung des
Bureaus, wofür die Parteien der Mittelmächte sich seit langem
explizit haben. Die holländische Delegation hat es als im Interesse
der Sache liegend erachtet, unseren Parteigenossen B r a u t i n g ,
den Freund der französischen Partei, zu der geplanten Zusammen-
kunft mit einzuladen und es sollen Schritte getan werden, um den
belgischen Mitgliedern (Ansele und Vertzand) die Reise nach dem
Haag zu ermöglichen.

Und in solch einer Zeit sollte die Internationale sich durch
130 Stimmen auf dem Papier zum Schweigen und Nichtstun
verdammten lassen? Mit Spannung warten wir das Resultat
dieses äußersten Versuchs unserer niederländischen Partei-
genossen ab.“

Die letzte Phase des Weltkriegs.

Die gefährlichste Phase für die Neutralen.

Vera, 13. Januar. Im „Bund“ kommt der namhafte
Kriegskritiker Stegmann in der heutigen Betrachtung
der allgemeinen Kriegslage zu nachfolgendem Schluß:

Die allgemeine Kriegslage wird heute von den militär-
politischen Gesichtspunkten beherrscht, die durch die Bekannt-
gabe der Kriegsziele der Entente und mehr oder weniger un-
bestimmte Umschreibung der Kriegsziele der Zentralmächte
bestimmt worden sind. Sie entzieht sich daher fortan der
absoluten militärischen Betrachtungsweise.

Dadurch wird ein Element der Unsicherheit
wirksam, das die letzte Phase des europäischen Krieges für
die kriegführenden Parteien zur blutigsten, frampfhaftesten
und gewaltigsten machen und besonders jenen Interessen-
verband aktiv leben wird, der die proklamierten territorialen
Ziele noch erstreiten muß, und für die N e u t r a l e n zur ge-
fährlichsten Phase, weil man nun von einem Tag auf den
andern in wirtschaftlicher und militärischer Beziehung vor
eine neue Lage gestellt werden kann.

Unter diesen Umständen wird auch die vom ozeanischen
Loben des Weltkrieges umbrandete Schweiz nicht
umhin können, sich ihrer insularen Lage entsprechend vor-
zusehen, ihre Lebenshaltung den bittersten Verhältnissen an-
zupassen und ihre militärische Bereitschaft und politische Un-
abhängigkeit unter vollkommener Wahrung ihrer Neutralität
nach allen Seiten tunlichst sicherzustellen.

Eröffnung des polnischen Staatsrats.

Warschau, 14. Januar. Bei der heute im Warschauer Königsschloß erfolgten Eröffnung des provisorischen Staatsrates im Königreich Polen hielt der Generalgouverneur, General der Infanterie von Beseler, eine Ansprache, in der er sagte:

In dem heute erfolgenden Zusammentritt des provisorischen Staatsrates im Königreich Polen vollzieht sich der erste entscheidende Schritt zur Verwirklichung der in der Kundgebung vom 3. November 1918 Ihrem Vaterlande gemachten Zusage. Sie sind berufen, im Verein mit den Regierungen der beiden Okkupationsgebiete die grundlegenden Arbeiten für die Neubildung des polnischen Staates in Angriff zu nehmen.

Die Hoffnung, an diese Arbeit schon im Zeichen eines nahenden Friedens heranzutreten, ist zunichte geworden; unsere Feinde haben die von unsrem Erlauchten Monarchen hochherzig gebotene Hand zum Frieden schroff zurückgewiesen und zwingen uns zur Fortführung eines Kampfes, den wir nunmehr mit unbeugbarer Entschlossenheit bis zum entscheidenden Siege durchzuführen willens sind. Und unser Sieg wird auch Ihr Sieg sein.

Nach einer weiteren Rede des österreichischen Feldzeugmeisters Graf Spang namens des Staatsrats dessen Mitglied Niemojowski, der den Dank der Versammlung aussprach und u. a. sagte:

Die Bildung einer den eigenen Fahnen folgenden nationalen, zum Kampfe im Dienste des Vaterlandes bereiteten Armee wird neben der Arbeit zur Organisierung des polnischen Staates unsere große Aufgabe sein.

Wir sind uns unserer historischen Mission bewußt, die die Ausdehnung unserer Grenzen auf die von russischer Herrschaft befreiten zu Polen gravitierenden Gebiete verlangt.

Politische Uebersicht.

Deutschland und Amerika.

Das wir mit der Weltmacht jenseits der Atlantik im Frieden leben und daß die Beziehungen zu ihr, nach den Worten des Vorkämpfers Gerard zurzeit besser sind als je seit der Gründung des Deutschen Reichs, das bedeutet ein Aktivismus in der Bilanz der deutschen Weltpolitik, und der Wunsch ist im deutschen Volke sicher allgemein, daß wir uns dieses Aktivismus auch erhalten mögen.

Man kann sich denken, daß für die Beziehungen zwischen den beiden Staaten gefährlichere Zeiten kommen könnten, Zeiten einer Belastungsprobe, von der wir nicht wissen, wie sie bestanden werden würde. Aber geradezu irrsinnig mutet einen das Treiben von Leuten an, die eine mögliche unerfreuliche Entwicklung im voraus in ihren Willen aufnehmen und so tun, als könnte uns im Grunde gar nichts Besseres passieren als ein Bruch auch mit Amerika.

Die Leute, die so reden und schreiben, weisen immer auf die Deutschland feindliche Haltung eines großen Teils der amerikanischen Presse hin. Aber ihr ganzes Tun ist im höchsten Grade geeignet, das Treiben jener Presse zu erleichtern. So hat, wie wir einem Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ entnehmen, der konservative Landtagsabgeordnete Freiherr v. Malchow am Donnerstag der letzten Woche zu Straßburg im Wahlkreisbesuch der konservativen Partei für Borspommern eine wilde Kriegsschreie gegen Amerika von Stadel gelassen, in der er sagte:

„Sollte Amerika wirklich in den Krieg eingreifen — meine Herren, dann wollen wir uns an das Wort des Alten Fris halten: „Die Breuken fragen nicht, wieviel Feinde sind, sondern wo sie stehen.“

Wenn man in Deutschland selbst so tut, als ob Amerika in einem gewissen Eventualfall in den Krieg eingreifen müßte, und sich über dieses Eingreifen mit einigen großsprecherischen Redensarten hinwegsetzt, dann legt man diejenigen Strömungen in Amerika matt, die auch für diesen Eventualfall den Frieden mit Deutschland aufrechterhalten wollen. Man wird ihnen antworten: „Die Deutschen sagen ja selbst usw.“

Ist denn den Herren Malchow und Genossen nie der Gedanke gekommen, daß sie das Volk für ihr unbedachtes Vorgehen zur Verantwortung ziehen könnte?

Außere und Auswärtiges Amt.

Das „Berliner Tageblatt“ hat kürzlich einige Auslandsstimmen zum besten gegeben, um zu zeigen, wie das Vorgehen dieser Keinen aber rührigen Gruppe im Ausland schade. Dazu bemerken nun die „Außere und Auswärtiges Amt“:

Daß eine Sammlung derartiger gegen uns gerichteter Auslandsstimmen im Werke war, ist uns zwar nicht Neues, doch war uns bisher nur bekannt, daß eine solche Blütenlese im Auftrage des Auswärtigen Amtes von eigens dafür mit deutschen Steuergeldern bezahlten Hilfsarbeitern vorgenommen wurde.

Da werden einmal „deutsche Steuergelder“ zu einer recht nützlichen Aufklärungsarbeit verwendet, deren Veröffentlichung dringend zu wünschen ist.

Bekanntgabe der Friedensbedingungen?

Mit Interesse erwartet man das Urteil der sozialdemokratischen Minderheitspresse über den letzten Rotenwechsel. Sie hat bisher — ähnlich den französischen Sozialisten — verlangt, daß die Mittelmächte ihr Friedensprogramm vor Feststellung der Verhandlungsbereitschaft auf beiden Seiten veröffentlichen möge. Die französischen Sozialisten sind mit diesem Wunsch bis heringefallen, die Veröffentlichung ist erfolgt und nun haben sie die Forderung: „Blatt zugestandene Absicht des Eroberungskrieges! Keine Bereitschaft zu Verhandlungen!“

Nun, nach der feindlichen Abkündigungsnote schreibt die Erfurter „Tribüne“:

Die beiden neuesten Noten fordern zu Vergleichen heraus. Es muß zugegeben werden, daß sich die des Zehnerbundes wesentlich von der des Zehnerbundes an Wilson zu ihren Gunsten abhebt. Der Ton ist vornehm und bestimmt und auch die Gegner werden zugegeben müssen, daß sie viel Bescheidendes hat, obwohl sie an dem Standpunkt festhält, daß die Friedensbedingungen erst bei den Verhandlungen den Beteiligten direkt mitzuteilen seien. Die sehr überhebliche Note des Zehnerbundes an Wilson ist heute wohl in etwas ausführlicherem Inhalt bekannt, aber sie wirkt auch mit mehr Worten nicht sympathischer als der gestern von uns veröffentlichte Auszug.

Das Pölsche „Vollblatt“ bemüht sich, sich in der Kritik der Gegner zurechtzufinden, indem es schreibt:

am besten und am raschesten zu einem gedeihlichen Ende zu führen sei — oder aber, respektiert die „Grundlagen“, die ihr angeblich verteidigen wollen, und gebraucht neuer Schreibe-Redewerkzeug mit einiger Vorsicht! Und glaubt nicht, ein Unfug höre auf, ein Unfug zu sein, wenn er sich einen Gummistempel mit den Buchstaben „vaterländisch“ faßt.

Der Weg zur Rettung geht über die Ordnung wirklicher Demokratie und nicht über den Wirtswart „vaterländischer“ Vereinsmeierei!

Die Ententente und Amerika.

Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Washington vom Freitag telegraphiert: Die Antwortnote des Verbandes findet geteilte Aufnahme. Der allgemeine Eindruck geht dahin, daß sie eine glatte Weigerung darstellt und keine Hoffnung auf Frieden im jetzigen Augenblick läßt. Der Krieg müsse ausgedehnt werden. Die größte Ueberraschung erregte der scharfe Ton der Note zusammen mit der Forderung, daß die Türkei aus Europa vertrieben und Elah-Lothringen zurückgegeben werde. Ein hoher Beamter äußerte die Meinung, die Zufahrt — also die belgische Note — sei ein effektvolles Bühnenschauspiel.

Die amerikanische Presse, die es mit der Entente hält, findet natürlich, daß die Note gerade das Richtige ist. Mit einem der Blätter dieses Schilages rechnet der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ ob. Er schreibt: Es mutet höchst sonderbar an, wenn die „New York Times“ es von vornherein für eine „Unverschämtheit“ erklärt, wenn die Mittelmächte die Bedingungen der Alliierten nicht als billige Bedingungen betrachten sollten. Dasselbe Blatt sagt, daß die Entschuldigung Deutschlands, daß es um seine Existenz kämpfe, jetzt ganz grundlos geworden sei, denn die Alliierten hätten erklärt, daß sie die deutschen Völker (german peoples) nicht ausrotten würden. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ fährt fort:

Diese Erklärung folgt auf die Forderungen, in denen die Vostrennung einiger deutschen Provinzen und die Aufteilung Oesterreich-Ungarns und der Türkei verlangt wird. Es ist gut, das noch einmal festzustellen, denn es könnte sonst in Vergeßlichkeit geraten. Es gibt übrigens auch verschiedene englische Blätter, die allen Ernstes zu glauben scheinen, daß die Bedingungen der Alliierten die Wirt für Verhandlungen nicht schließen und daß jetzt an Deutschland die Reihe sei, zu sagen, ob der Friede noch möglich sei. Das kann nichts anderes bedeuten, als daß es den Mittelmächten noch immer frei gestellt ist, sich für vollständig besiegt zu erklären, denn das würden sie tun, wenn sie die Bedingungen der Alliierten annehmen.

Eins dieser Blätter ist die „Evening Post“. Sie will sogar von wohlunterrichteter Seite erfahren haben, daß man in maßgebenden Kreisen der Ansicht sei, die Antwortnote der Entente an Wilson verleihe noch nicht den Weg zu weiterer Friedensmöglichkeit. Der Präsident werde die Note offiziell Deutschland mitteilen und erwarte von Berlin daraufhin weitere Vorschläge.

Die Rechnung, daß die Ententente dem Frieden nicht die Luft abdünne, wird auch in einigen italienischen Blättern aufgemacht. Aber diese Rechnung wird nicht stimmen, wenn sie, was wahrscheinlich ist, darauf ausgeht, die Friedensweigerung der Ententestaaten nun auf Deutschland abzuwälzen. Es ist zu klar: man hat den Ton der Note so gewählt, daß er Deutschland hindern soll, auf dem am 12. Dezember betretenen Wege jetzt seinen Friedenswillen weiterhin zu betätigen.

„Kampf auf Leben und Tod.“

Amsterdam, 13. Januar. Die sozialdemokratische Zeitung „De Volk“ schreibt: Das in der Note der Entente aufgestellte Programm zerschüttert die Aussicht auf einen baldigen Frieden. Es macht dadurch, daß es das Nationalitätsprinzip bis zur Aburteilung durchzuführen will, den Eindruck der Unausführbarkeit. Wer in aller Welt wolle es wagen, eine Teilung der österreichisch-ungarischen Monarchie in selbständige Nationen vorzunehmen? Wie kann man einen Tschechen- oder Slowakenstaat gründen, ohne dabei von neuen nationalen Minoritäten zu unterdrücken? Dieses Programm schmiedet die Mittelmächte zu einem Kampf auf Leben und Tod aneinander, es bindet sie fester aneinander als irgend etwas anderes es vermocht hätte. Dazu kommt, daß zwischen der Ausführung dieses Programms und der Lage auf den Schlachtfeldern ein so unermesslich großer Abstand liegt. Die Friedensbedingungen der Entente können nicht verwirklicht werden, solange sie nicht an allen Fronten im Westen und Osten, in Europa und Asien gesiegt hat. In der neutralen Welt würde die Kraft Englands nicht gering geschätzt, aber daß es, durch die U-Vost-Arge in seiner militärischen Entfaltung gehindert, über so uner-schöpfliche Mittel verfügen sollte, daß es den Sieg an allen Fronten ganz oder teilweise auf seine Rechnung nehmen könnte, wird wohl überall bezweifelt.

1 1/2 Milliarden auf dem Meeresgrunde!

Im „Prometheus“ versucht der Feuerwerkschaffmann J. Engel eine Berechnung darüber aufzumachen, welche Werte — natürlich nur materieller Art — unsere Gegner bisher im Seekrieg verloren haben. Selbstverständlich kann die Berechnung nur eine schätzungsweise sein, da es sehr schwer ist, die Baukosten für die einzelnen Schiffstypen in den verschiedenen Ländern festzustellen, zumal diese Kosten sich im Laufe der Jahre stark verändert haben. So stieg in England der Bauwert der Linienfahrzeuge von 1901—1913/14 von 1400 auf 2300 pro Tonne, woraus sich ein Durchschnittswert für die jetzt noch seetüchtigen Schiffe dieser Klasse von 1750 W. pro Tonne ergeben würden. Auch die tatsächlichen Verluste sind natürlich noch nicht genau bekannt, werden es vielleicht nie werden. Folgende Tabelle ist also mit einiger Vorsicht aufzunehmen.

Es verloren:	Eng-land	Frank-reich	Italien	Aus-land	Japan	zu-sammen
Linienfahrzeuge	Tonnen 207 000	12 000	35 500	23 150	—	277 600
U-Boote	362,3	21,0	62,7	39,9	—	485,9
Balgenschiffe	Tonnen 369 330	17 400	17 800	20 400	—	327 930
U-Boote	530,6	34,3	38,1	46,1	—	649,1
Geheime Kreuzer	Tonnen 55 290	—	3 800	3 180	3 700	65 970
U-Boote	407,4	—	8,5	7,0	4,5	427,4
Kriegsschiffe	Tonnen 102 000	37 000	330	1 500	330	37 960
U-Boote	196,3	20,0	2,0	9,0	2,5	230,0
Torpedoboote	Tonnen 3 000	500	360	980	100	2 950
U-Boote	3,4	2,4	1,4	3,3	0,4	10,9
L-Boote	Tonnen 13 500	8 400	1 000	750	—	18 650
U-Boote	60,0	18,8	4,0	2,0	—	80,8
Zusammen	Tonnen 578 140	37 080	50 090	32 680	4 150	731 060
U-Boote	1 260,2	91,5	118,6	108,2	7,4	1 585,9

Trotz einzelner mangelhafter Angaben ergibt sich also aus dieser Berechnung schon ein Wert von 1581 Millionen gleich

1,58 Milliarden Mark, der in Form von Schiffen, Maschinen, Kanonen usw. auf dem Meeresgrunde ruht. Dazu kommt die Ladung der Schiffe an Kohlen, Öl, Munition, Proviant, die auf etwa eine Viertel Milliarde zu veranschlagen ist, so daß sich insgesamt der Betrag von 1 1/2 Milliarden Mark ergeben dürfte, den unsere Gegner bisher im Seekrieg eingebüßt haben. Gemessen an den sonstigen ungeheuren Verlusten, die dieser Krieg gebracht hat, erscheint die genannte Summe sogar noch ziemlich gering, wenn auch die hier für alle Zeiten verletzten und verlorenen Werte uns besonders eindringlich das sinnlose Vernichtungshandwerk des Krieges vor Augen führen.

Das Saloniki-Unternehmen.

Nach einer Berner Meldung der „Frankfurter Zeitung“ will die schweizerische Telegrapheninformation aus Paris von diplomatischer Seite erfahren haben, das Salonikiunternehmen solle keineswegs aufgegeben, sondern im Gegenteil eher forciert werden. Der Behauptung gewisser Blätter, daß die Armee Sarraills auf 800 000 Mann erhöht werden solle, hält das „Journal de Genève“ seine, wie es sagt, sehr genauen Auskünfte aus Saloniki entgegen, wonach die gegenwärtig von Sarraill befehligten Bestände immer noch sehr viel niedriger sind, als bisher angegeben wurde. Selbst wenn Sarraill über 300 000 Mann verfüge, helfe dies nur 150 000 Kämpfer dar. Die Schwierigkeiten im Versorgungs- und Verkehrswesen seien sehr groß, 7000 Verpflegungswagen seien auf den für Büffel- und Maultierwagen bestimmten Wegen für eine Armee von 60 000 Mann erforderlich. Die Malaria habe die Aufgabe Sarraills außerordentlich erschwert.

Der türkische Kriegsbericht.

Der vernichtete englische Kreuzer „Scaplane“. — Die Vorgänge bei Kut el Amara. — Die Einnahme von Mihalea. — Der englische Erfolg von Schat-El-Hahs dementiert.

Konstantinopel, 12. Januar. Amtlicher Bericht vom 12. Januar. Wie festgestellt wurde, ist der englische Kreuzer, dessen Zerstörung gestern gemeldet wurde, der Kreuzer „Scaplane“ und das schwerbeschädigte Nachschiff ein feindliches Kanonenboot, wahrscheinlich ein italienisches.

Eine unserer Patrouillen von den Truppen, die in der Donauarmee kämpften, machte einen Ueberfall auf einen feindlichen Posten und brachte 21 Gefangene zurück. Eine Erkundigungspatrouille, die zu den Truppen an der mazedonischen Front gehört, schlug am 9. Januar südwestlich von Serres eine englische Erkundigungspatrouille zurück. Die Engländer flohen und ließen 12 tote auf dem Platz. In derselben Gegend zerstörte eine andere unserer Patrouillen einen großen Teil des Drahtwerkes der Engländer.

Von den anderen Fronten ist kein bemerkenswertes Ereignis zu melden.

Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

Konstantinopel, 13. Januar. Amtlicher Bericht vom 13. Januar.

An der Tigrisfront griff neuerlich eine feindliche Brigade am 11. Januar einen Teil unserer Stellungen östlich von Kut el Amara an. Wir wiesen diesen Angriff mit beträchtlichen Verlusten für den Feind zurück und drangen nach einem Gegenangriff in die feindliche Stellung. Wir machten Gefangene und erbeuteten 8 automatische Gewehre. Noch weiteren Mitteilungen haben wir in dem Kampfe am 9. Januar dem Feinde 6 automatische Gewehre und eine Menge Waffen und Kriegsgüter abgenommen.

An der Kaukasusfront versuchte eine russische Abteilung, etwas mehr als eine Kompanie, einen Ueberfall, den unsere Truppen zurückschlugen.

Eine unserer Divisionen in Rumänien hat am 12. Januar um Mittag Mihalea angegriffen. Sie machte 400 Gefangene und erbeutete mehrere Maschinengewehre. Eine große Zahl russischer Soldaten ertrank auf der Flucht im Sereth. Sonst kein Ereignis von Bedeutung.

Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

Konstantinopel, 13. Januar. Amtlich. Die Engländer melden in ihrem Bericht vom 18. Dezember, sie hätten sich in Schat-El-Hahs eingerichtet, und in dem vom 26. Dezember erklären sie, sie hätten einige arabische Forts und Lager zerstört, Wägen erbeutet und unsere Schiffe in den Gewässern vor Bagdad sowie eine Brücke über den Kut-Hah beschossen. Wir dementieren diese Behauptung, die nur erfundene Tatsachen darstellt, kategorisch.

Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

Der englische Handel und der Krieg.

Der „Statist“ zeigt in einer Vergleichung der englischen Handelsbewegung in den ersten 9 Monaten von 1918 mit der in den entsprechenden Monaten des letzten Friedensjahres (1913), daß der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr im Verkehr mit der übergroßen Mehrzahl der fremden Staaten stark zugenommen hat. Obenan steht der Verkehr mit den Vereinigten Staaten. Der betreffende Ueberschuß betrug 1913 in der bezeichneten Periode 50,07 Millionen Pfund Sterling (1001,4 Millionen Mark), 1918 160,60 Millionen Pfund Sterling (2332 Millionen Mark). Der Ueberschuß der Einfuhr aus Kanada und Neufundland stieg von 0,83 auf 47,45 Millionen Pfund Sterling. Im Verkehr mit Britisch-Indien und Siam machte eine Mehrausfuhr von 16,51 Millionen Pfund Sterling einer Mehreinfuhr von 17,56 Millionen Pfund Sterling Platz, im Handel mit Japan wurde die Mehrausfuhr von 6,90 Millionen Pfund Sterling ersetzt durch eine Mehreinfuhr von 2,67 Millionen Pfund Sterling, im Verkehr mit Java die Mehrausfuhr von 3,04 Millionen Pfund Sterling durch eine Mehreinfuhr von 1,06 Millionen Pfund Sterling. (Hauptsächlich Guderanläufe.)

Ein anderes Bild geben nur die Ziffern der britischen Handelsbewegung mit Rußland und Frankreich sowie mit Dänemark und Niederland, abgesehen natürlich vom eingestellten Verkehr mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Die Mehreinfuhr aus Rußland von 8,41 Millionen wick eine Mehrausfuhr von 11,08 Millionen, die Mehreinfuhr aus Frankreich von 5,15 Millionen einer Mehrausfuhr von 61,13 Millionen, die Mehreinfuhr aus Niederland von 2,02 Millionen einer Mehrausfuhr von 9,85 Millionen, die Mehreinfuhr aus Dänemark von 12,57 Millionen sank auf 5,38 Millionen Pfund Sterling. — Die Ausfuhr nach Brasilien und Japan fiel etwa um die Hälfte. Die nach China, Argentinien, Kanada und Australien ist gleichfalls gefallen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Verlegung des Hafens von Konstantinopel. Wie die Blätter melden, hat die zuständige Kommission des Vaukenministeriums, welche mit der Prüfung der Frage der Verlegung des Konstantinopeler Hafens betraut war, den Bau von Hafenanlagen in der Bucht zwischen Rumikapa und Fedikule empfohlen.

Bei Beurteilung der gegenseitigen Friedensbedingungen darf man nie die Tatsache vergessen, daß die Zehnerbandenmächte auf den europäischen Kriegsschauplatz überall die Unterlegenen, die Zurückgebliebenen, also diejenigen sind, die Land und Landesteile verloren haben. Die siegenden Eroberer hingegen, die ganze Staaten, Königreiche und gewaltige Länder in ihre Gewalt brachten, das sind die Mittelmächte. Kein Wunder, wenn die das erste Mal kundgegebenen Friedensbedingungen zum Teil diametral entgegengesetzt lauten, kein Wunder auch, wenn sie beim einen oder anderen Teile maßlos erscheinen und den Blick für das Mögliche vermissen lassen. Das ist bei Beginn von Friedensverhandlungen von jeher so gewesen. Aufgabe von Verhandlungen ist es, den Ausgleich zu finden und herbeizuführen.

Ja, Verhandlungen, darum dreht es sich. Und hier hängen die Regierungen des Zehnerverbandes schwere Schuld.

Die „Königsberger Volkszeitung“ hält an der Forderung fest: die Mittelmächte sollten ihre Kriegsgiele bekanntgeben und meint: Die Regierungen der Mittelmächte sollten sich, nachdem die Entente ihre Kriegsgiele bekanntgegeben hat, ebenfalls näher über ihre Absichten auslassen. Ist ihr Programm ohne Annexionsbestrebungen und zu einem Ausgleich geeignet, so wird es wesentlich dazu beitragen, den Friedenswillen aller Völker zu stärken und das ist die Hauptsache.

Keine Annexionsforderungen der Mittelmächte, Annexionsforderungen des Zehnerverbandes und dann — Ausgleich? Das hieße doch, wenn man den Gedanken zu Ende denkt, doch Annexionen zugunsten des Zehnerverbandes. Wollte man heute durch Angebot und Gegenangebot einen „Ausgleich“ erzielen, so müßte man ungefähr ebenso unsinnige Forderungen erheben wie der Zehnerverband, um dann zu dem Ergebnis zu kommen: „Ihr kriegt nichts und wir kriegen auch nichts!“ Zwischen einem, der gar nichts will und einem, der alles will, wäre ein „Ausgleich“ für den Bescheidnen denn doch ein gar zu schlechtes Geschäft.

Zur Ausführung des Hilfsdienstgesetzes.

Von „besonderer Seite“ wird dem „B. L. V.“ geschrieben: Wiederholt muß auf § 8 des Hilfsdienstgesetzes hingewiesen werden. Dort heißt es:

„Bei der Ueberweisung zur Beschäftigung ist auf das Lebensalter, die Familienverhältnisse, den Wohnort und die Gesundheit sowie auf die bisherige Tätigkeit des Hilfsdienstpflichtigen nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen; besondrer ist zu prüfen, ob der in Aussicht gestellte Arbeitslohn dem Beschäftigten und etwa zu versorgenden Angehörigen ausreichenden Unterhalt ermöglicht.“

Hieraus geht ganz klar hervor, daß bei den Arbeitern oder Angehörigen, die einem bestimmten Betriebe überwiesen sind, darauf Rücksicht genommen werden muß, daß ihr Verdienst auch die Versorgung ihrer Familien deckt. Der verheiratete Arbeiter, der außerhalb seines Heimatortes arbeitet, hat naturgemäß doppelte Kosten, da er nicht nur sich selbst sondern auch noch den getrennten Haushalt in der Heimat unterhalten muß. Die Angehörigen eines Hilfsdienstpflichtigen haben im Gegensatz zu denen der Kriegsteilnehmer, die auf Grund ihrer Wehrpflicht einberufen sind, keinen Anspruch auf die gesetzliche Familienunterstützung. Das soll aber nach § 8 des Gesetzes durch die Bemessung des Arbeitslohns im Einklang mit dem einzelnen Hilfsdienstpflichtigen ausgeglichen werden. Diejenigen, die sich ihre Arbeitsstätte im vaterländischen Hilfsdienst frei wählen, müssen natürlich zunächst selbst erwägen, ob ihnen dies außerhalb des Wohnortes ihrer Familie möglich ist. Über auch sie haben nach dem richtig verstandenen Geiste Anspruch auf angemessenen Arbeitslohn im Sinne des § 8. Den Betriebsinhabern, die auswärtige Arbeiter beschäftigen, muß dringend geraten werden, diesen einen Lohn zu gewähren, der nicht nur an sich angemessen ist, sondern den Arbeitern auch die Versorgung ihrer Familien ermöglicht.

Es liegt nicht im Sinne des Gesetzes, so, der ihr zugrunde liegende große Gedanke: könnte gefährdet werden, wenn sich jetzt herausstellen sollte, daß die Arbeitnehmer die Betriebsstätte, der sie überwiesen worden sind, allzu leicht nur deswegen verlassen, weil ihnen anderwärts bessere Arbeitsbedingungen geboten werden. Der Zweck des Gesetzes, alle Kräfte der Nation zur Kriegsarbeit aufzubereiten, muß immer der oberste, alles beherrschende Grundsatz bleiben. Es muß deshalb an den vaterländischen Sinn aller Beteiligten appelliert werden. Zunächst an die Arbeitnehmer selbst und diejenigen, die auf sie Einfluß haben: auszuhalten, solange es geht, an der alten Betriebsstätte. Nicht minder aber auch an die Arbeitgeber: ihren Mitarbeitern genügenden Lohn zu geben und nicht etwa — was besonders belagenswert wäre — einem anderen Betriebe die Arbeitskräfte durch ein Inanspruchnehmen höherer Löhne auszuspannen. Sowohl Lohnrücker als auch Lohnrückzahlungen gefährden das Gesetz.

Wozu die ergänzende Bemerkung fehlt, daß der Lohn im Verhältnis zu den Lebensmittelpreisen ein entsprechender bleibt. Anderenfalls wird man es keinem Arbeiter verdenken können, wenn er sich im Interesse seiner Familie eine bessere Stellung sucht.

Neue Maßnahmen zur Sicherung der Volksernährung.

In Preußen soll die Volksernährung durch Kriegswirtschaftsämter geordnet werden. Das preussische Staatsministerium hat jetzt entsprechende Beschlüsse gefaßt und die Grundzüge für die Errichtung solcher Ämter festgelegt.

Ueber die Ausgestaltung und Zuständigkeit dieser neuen Kriegswirtschaftsämter und der für die Landpreise zu bildenden Kriegswirtschaftsstellen erläßt die „Voss. Zig.“ folgende Einzelheiten:

Für jede Provinz wird ein Kriegswirtschaftsamt gebildet. Vorsitzender des Kriegswirtschaftsamtes ist ein vom Kriegsamt ernannter Offizier, der mit landwirtschaftlichen Angelegenheiten genau vertraut ist. Mitglieder des Kriegswirtschaftsamtes sind zwei vom Oberpräsidenten ernannte höhere Verwaltungsbeamte, je ein Vertreter der Eisenbahndirektionen, zu deren Bereich die Provinz gehört, sechs von der Landwirtschaftskammer zu benennende Landwirte und ein vom kommandierenden General am Orte des Kriegswirtschaftsamtes ernannter Veterinär. Der Vorsitzende Offizier vertritt sämtliche Generalkommandos, zu deren Bereich die Provinz gehört. Bei den nicht am Orte des Kriegswirtschaftsamtes befindlichen Generalkommandos werden Nebenstellen des Kriegswirtschaftsamtes nach Bedarf gebildet, die aus einem landwirtschaftlich erfahrenen Offizier als Leiter und den erforderlichen Hilfskräften bestehen. Das Kriegswirtschaftsamt hat die Aufgabe, innerhalb der Provinz die landwirtschaftliche Produktion, soweit diese zum Geschäftsbereich des Kriegsamtes gehört, zu unterstützen und zu fördern durch Beschaffung und nötigenfalls militärische Zurüstung von Betriebsleitern und Arbeitern, Beschaffung von Arbeitspferden, Maschinen und Betriebsmitteln (Rohlen, Benzol usw.), Fürsorge für die zeitliche Behebung der Felder, für die Einbringung der Ernte.

Bei der Erziehung und Verteilung der landwirtschaftlichen Produkte tritt das Kriegswirtschaftsamt nicht mit. Das Kriegswirtschaftsamt hat in den genannten Angelegenheiten den zuständigen Stellen Vorschläge zu machen um denselben Erwerbungen zu erhalten. Vom Kriegsamt kann ihm die Entscheidung in bestimmten Angelegenheiten übertragen werden. Der Vorsitzende des Kriegswirtschaftsamtes kann einzelne Mitglieder mit der Erledigung einzelner Angelegenheiten betrauen. Für jeden Kreis wird eine Kriegswirtschaftsstelle gebildet. Vorsitzender ist der Landrat; sein Stellvertreter (praktischer Landwirt) und vier bis acht Mitglieder werden auf Vorschlag des Kriegsausschusses nach Anhörung der

Landwirtschaftskammer durch den Oberpräsidenten ernannt. Die Aufgabe der Kriegswirtschaftsstelle ist für den Bezirk des Kreises die gleiche, die dem Kriegswirtschaftsamt für den Bezirk der Provinz zugewiesen ist. Auch der Vorsitzende der Kriegswirtschaftsstelle kann einzelne ihrer Mitglieder mit der Erledigung bestimmter Angelegenheiten betrauen.

Die Schaffung der Kriegswirtschaftsämter liegt in der Hand der Oberpräsidenten im Einvernehmen mit den stellvertretenden Generalkommandos, die die in Frage kommenden Mitglieder ernennen. Für die landwirtschaftlichen Personen werden die Landwirtschaftskammern herangezogen. Da die neuen Ämter bereits auf die Frühjahrsbefellung Einfluß ausüben müssen, soll ihre Errichtung sofort erfolgen.

Militärische Ausbildung der Jugend.

Das „Armee-Verordnungsblatt“ veröffentlicht eine kaiserliche Kabinettsorder, die ihre Genehmigung über den Stand der militärischen Jugendausbildung ausdrückt. Das Kriegsministerium bestimmt hierzu im wesentlichen folgendes:

1. Die militärische Vorbildung ist eine von der Jugendpflege scharf getrennte militärische Einrichtung.
2. Zur Unterstützung der Vertrauensmänner und zur Abhaltung von Führerkursen haben die königlichen Stellvertretenden Generalkommandos (das königliche Generalkommando) je nach dem Umfang des Geschäftsbereichs des Vertrauensmannes bis zu zwei geeignete inaktive Offiziere ehrenamtlich zu gewinnen oder dauernd g. v. Offiziere des Friedensstandes oder Berufsaufwärtigen zu kommandieren. In erster Linie kommen hierfür solche Offiziere in Betracht, die schon früher auf dem Gebiet der Jugendpflege tätig gewesen sind.
3. Auf die Gewinnung ärztlicher Berater, insbesondere amtlich bestellter Jugendärzte, wird hingewiesen.
4. Die Bestellung der Kompanie(zug-)führer und Ausbilder erfolgt durch den Vertrauensmann. Sie sind dabei ausdrücklich zu verpflichten, die Ausbildung nach den Bestimmungen der Heeresverwaltung zu betreiben. Schulen, Vereine, Jugendpflegevereine usw. können Vorschläge für die Wahl der Führer und Ausbilder machen.
5. Beim Mangel an Kompanie(zug-)führern und Ausbildern beantragen die Vertrauensmänner beim stellvertretenden Generalkommando die eventuelle Kommandierung von Kriegsbefähigten Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften.
6. Die Vertrauensmänner, Führer und Ausbilder werden erneut ausdrücklich auf ein enges Zusammenarbeiten mit den zivilbehördlichen, den Schulen, der Geistlichkeit, den staatlichen Jugendpflegeausschüssen und den freien Vereinen hingewiesen. Zur Vereinfachung bei den Verhandlungen mit der Geistlichkeit über Sonntagsausübungen empfiehlt es sich, eine den jeweiligen örtlichen Verhältnissen entsprechende Übungszeit im voraus ein für allemal festzusetzen. Zur ausgedehnten Übungen (z. B. Marschübungen) ist für jeden Einzelfall ein Einverständnis mit der Geistlichkeit besonders herbeizuführen.
7. Jede Ueberanstrengung der Jugendmänner (z. B. große Räte mit Gedächtnisübungen) ist verboten. Übungen bei Dunkelheit sollen der jungen Mannschaft nicht den Schlaf kürzen und sind daher auf die Dämmerungs- und Abendstunden zu beschränken.
8. Von großer Wichtigkeit ist die Erhaltung und Schaffung geeigneter Übungsplätze und Übungsmittel. Die erzielten Erfolge lassen mit Bestimmtheit die Erwartung zu, daß die beteiligten Kreise bei tatkräftiger Unterstützung durch die staatlichen und kommunalen Behörden unserer Jugend die notwendigen Übungsplätze — ganz besonders vor den Toren der Großstädte — sowie die erforderlichen Übungsmittel im Interesse der Erziehung und Vorbereitung der Jugend schaffen werden. In der Winterzeit werden sich in den Städten und Dörfern zahlreiche Säle usw., auf dem Lande vielfach Neben- und entleerte Scheunen für die Zwecke des Wehrwesens nutzbar machen lassen.

Verkündigung des Allhandels. Die Stadt Köln hat die vollständige Kommunalfisierung des Allhandels in Bekleidungsgegenständen beschlossen. Von einem gewissen Zeitpunkt an dürfen keinerlei Bekleidungsgegenstände, Anzüge, Frauenkleider, Mäntel und Schuhe, an Allhandler verkauft werden. Derartige Gegenstände sind vielmehr an die Stadt Köln abzuliefern, die in allen Teilen des Stadtgebietes Verkaufsstellen einrichtet.

Das gestetzte österreichische Kabinett.

Wien, 13. Januar. (Nachricht des Wiener A. S. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.) Die tendenziös verbreiteten Nachrichten über Unstimmigkeiten im österreichischen Kabinett oder aufgehobene, unvorhergesehene Schwierigkeiten sind vollständig aus der Luft gegriffen.

Der mexikanische Präsident Carranza und die Arbeiterbewegung.

Solange Carranza und seine Anhänger sich in der Revolution befanden, war die Macht an sich zu reichen, hiederten sie sich an die Arbeiterbewegung an und erließen ein Dekret, indem sie das Koalitions- und Streikrecht der mexikanischen Arbeiter anerkannten. Jetzt, wo sie sich im Sattel saßen, haben Carranza und seine Minister ein Streikverbot erlassen, das nicht nur die Arbeitsniederlegung, sondern auch die Streikagitation mit der Todesstrafe belegt. Der Grund für dieses draconische Verbot ist der Streik der Arbeiter bei der Wasserleitung der Stadt Mexiko. Wie der New Yorker „Call“ vom 28. November 1916 berichtet, hat der amerikanische Gewerkschaftsbund eine Petition eingeleitet, um Carranza zu veranlassen, das Streikverbot abzuschaffen.

Japans Kriegsgewinn. Die enormen Gewinne, die Japan aus dem Kriege zieht, treten immer wieder von neuem zutage. Während der ersten zehn Monate des Jahres 1913 ist die Einfuhr um 172%, die Ausfuhr um 311% Millionen Yen im Vergleich zu dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres gestiegen. Der Wert der Einfuhr betrug im Jahre 1916 bis zum 21. Oktober 622,7 (450,3) Millionen, der der Ausfuhr 870,5 (368) Millionen Yen.

Aus der Partei.

Kreisgeneralversammlung für Spandau-Posdam-Osthavelland.

Nach den Vorgängen bei der Kandidatenausstellung für die Reichstags-Ergebnisse in Spandau-Posdam-Osthavelland hatte die durch die Mehrheit des Kreisvorstandes beschlossene offizielle Besetzung der Reichskonferenz der Parteiposition vier Vorstandmitglieder veranlaßt, ihre Ämter niederzulegen. Für gestern war eine außerordentliche Generalversammlung des Kreiswahlergebnisse einberufen, um die notwendig gewordenen Wahlen zur Ergänzung des Vorstandes zu vollziehen und die Vorbereitungen zur Wahl-agitation zu besprechen.

Anwesend waren 15 Delegierte und 11 Funktionäre. Doch für das von der Abhaltung der Generalversammlung benachrichtigte Sekretariat der Provinz Brandenburg kein Vertreter erschienen war, wurde gerügt.

Gewählt wurden mit 12—14 Stimmen zum ersten Vorsitzenden der bisherige Reichstags-Beisitzer St a b s - Potsdam, zum zweiten Vorsitzenden

der bisherige Reichstags-Beisitzer St a b s - Potsdam, zum dritten Reichstags-Beisitzer St a b s - Potsdam, zum vierten Reichstags-Beisitzer St a b s - Potsdam, zum fünften Reichstags-Beisitzer St a b s - Potsdam, zum sechsten Reichstags-Beisitzer St a b s - Potsdam, zum siebten Reichstags-Beisitzer St a b s - Potsdam, zum achten Reichstags-Beisitzer St a b s - Potsdam, zum neunten Reichstags-Beisitzer St a b s - Potsdam, zum zehnten Reichstags-Beisitzer St a b s - Potsdam.

Ueber die Bedeutung der Reichstagswahl in Spandau-Posdam-Osthavelland referierte Haase. Er erklärte, daß trotz manchem Gegensatz zu Rehring er für ihn eintrete. Wollten etwa die bürgerlichen Parteien einen Kandidaten aufstellen, so sei es Pflicht aller Sozialdemokraten, gegen sie zu kämpfen.

In der Besprechung der Vorbereitungen zur Wahl-agitation sagten die Anhänger der Arbeitergemeinschaft volle Unterstützung der Kandidatur Rehring zu. Für die Anhänger der Fraktionsmehrheit erklärte Fielitz-Wellen, sich noch nicht darüber äußern zu können, wie sich die Wahl stellen würde.

Die Generalversammlung beschäftigte sich dann mit der im „Vorwärts“ am 30. Dezember 1916 veröffentlichten Erklärung des Bezirksvorstandes der Provinz Brandenburg zu den Vorgängen bei der Kandidatenausstellung. Nach längerer Debatte wurde eine vom Kreisvorstand vorgelegte Gegenerklärung mit 16 Stimmen gegen 9 beschlossen (auf die wir noch zurückkommen. Abt. d. S.).

Die Berichterstattung über die Reichskonferenz der Opposition wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Gewerkschaftliches.

Zur Tariffrage im Kohllegergewerbe nahm am Sonntag eine Versammlung der Kohlleger und Helfer Stellung, nachdem vorher Siering einen informativen Vortrag über das Hilfsdienstgesetz gehalten hatte.

Zur Frage, ob der Tarif zum 1. April gekündigt werden soll oder nicht, hat nach den Darlegungen des Branchenleiters Kraay die Branchenkommission und eine Vertrauensmänner-Versammlung bereits Stellung genommen. Schwere Herzen habe man sich entschlossen, den gegenwärtigen Tarif weiter bestehen zu lassen und dies der Versammlung zu empfehlen. Das schloß aber nicht aus, daß man in Verhandlungen den Versuch zu gewissen Verbesserungen unternähme.

Darüber entwickelte sich eine lebhaft Diskussions, in der verschiedene Anträge gestellt und erörtert wurden.

Es wurde beschlossen, den Tarif beizubehalten, aber die Vertreter der Branche zu beauftragen, in Verhandlungen der Schlichtungskommission Forderungen und Verbesserungen zu erstreben. Als Material sollen dabei die in einigen Anträgen enthaltenen Vorschläge dienen. Zur Lohnfrage schlägt der eine Antrag vor, die Erhöhung des Grundlohns um 15 Pf., unter Beibehaltung der heutigen Teuerungszulage. — In dem anderen Antrag wird vorgeschlagen: „Lohn ohne die bisherige Teuerungszulage 1,10 M. für Kohlleger, 6 Pf. für Helfer; Landzulage 5 M. Die Teuerungszulage bleibt unberührt.“ Zu bemerken ist, daß die Teuerungszulage ab 15. Januar pro Stunde 25 Pf. beträgt. Ferner kommen folgende Vorschläge noch in Betracht: Die Einführung des paritätischen Arbeitsnachweises ist zu fordern. Seife wird geliefert oder mit 25 Pf. abgelöst. Bei Reparaturen ist das ausliegende Fahrgeld zu erstatten. Bei Bauarbeiten von mehr als 8 Tagen Dauer ist eine Fahrgeldabfindung nach Zonen zu schaffen. Als schmutzige Arbeiten sind unter anderem auch alle Arbeiten in allen Kesselräumen anzuerkennen.

Dann folgten noch der Jahresbericht der Branchenkommission und Wahlen.

Letzte Nachrichten. Zur Vorgeschichte des Friedensangebots.

Ein Kaiserbrief an Bethmann.

Berlin, 14. Januar. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

„Zur Vorgeschichte des Friedensangebots der Mittelmächte, das die Feinde als ein unaufrichtiges Kriegsmantel hingestellt haben, ist das nachstehende Kaiserliche Handschreiben an den Reichskanzler ein Beitrag von besonderer Bedeutung:

„Neuers Palais, 31. Oktober 1916.

Rein lieber Bethmann!

Unser Gespräch habe ich noch nachher gründlich überdacht. Es ist klar, die in Kriegsphasen befangenen, von Lug und Trug im Wahn des Kampfes und im Haß gehaltenen Völker unserer Feinde haben keine Männer, die imstande wären, die demoralischen Mut befehlen, das befreiende Wort zu sprechen. Den Vorschlag zum Frieden zu machen, ist eine feilsche Tat, die notwendig ist, um die Welt — auch die Neutralen — von dem auf allen lastenden Druck zu befreien. Zu einer solchen Tat gehört ein Herrscher, der ein Gewissen hat und sich Gott verantwortlich fühlt und ein Herz für seine und die feindlichen Menschen. Der, unbekümmert um die eventl. absichtlichen Mißdeutungen seines Schrittes, den Willen hat, die Welt von ihren Leiden zu befreien. Ich habe den Mut dazu, ich will es auf Gott wagen. Legen Sie mir halb die Noten vor und machen Sie alles bereit.

W. Wilhelm I. R.“

Unsere Feinde können sich darauf verlassen, daß der Ehrlichkeit bei diesem kaiserlichen Schreiben bekundeten Friedenswillens die rücksichtslose Entschlossenheit entspricht wird, mit der wir den Krieg, dessen Fortsetzung sie uns aufgezwungen haben, bis zum siegreichen Ende durchführen werden.“

Vulgarijches Echo der Ablehnung des Friedensvorschlages.

Sofia, 14. Januar. Bulgarijche Telegraphen-Agentur. Am 7. d. M. wurde allen Truppen an sämtlichen Fronten folgender Tagesbefehl vom 5. Januar vorgelesen: Auf Befehl Seiner Majestät des kaiserlichen Königs, daß der von Seiner Majestät, unserem geliebten Obersten Kriegsherrn, im Verein mit den Herrschern der verbündeten Staaten gemachte Friedensvorschlag von unseren Feinden in ihrer unerwarteten Eile, noch weiter unschuldiges Blut zu vergießen, abgelehnt worden ist. Sie wollen nicht nur unseren vor nicht langer Zeit befreiten Brüdern in Mazedonien von neuem die Ketten der Sklaverei auferlegen, sondern auch das geehrte bulgarijche Volk vernichten. Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten! Nur durch die Schuld unserer gierigen Feinde wird der Krieg noch weiter dauern. Aber das bulgarijche Volk hat viel schwerere Prüfungen bestanden, und es wird in dem langen kommenden Kampfe triumphieren, den ihm unsere türkischen Feinde auferlegen. Unsere Hände ist das Geschick des bulgarijchen Volkes, die Freiheit, Unabhängigkeit und Ehre Bulgarijens anvertraut. Unser Werk ist heilig. Hierin beruht unsere Kraft und Macht. Eure bewährte Tüchtigkeit und Tapferkeit sind eine genügende Bürgschaft für den Gelingen des erhabenen Einigungswerkes. Der Wunsch ist mit uns, denn das Recht ist auf unserer Seite. Die geehrte bulgarijche Nation entfessele ihren würdigen und teuren Söhnen herzliche Grüße und Wünsche für die endgültige Niederlage der türkischen und gierigen Feinde. Es lebe das geehrte Bulgarij! ges. Generalissimus Sch e l z o.

Aus Groß-Berlin.

Gewerkschaftskommission und Milchverfügungsfrage.

Die Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung hat in der Frage der Milchversorgung von Groß-Berlin eine Eingabe an den Magistrat gerichtet, in der ausgeführt wird, wie die Einfuhr von Milch nach Berlin sich dauernd verringert hat und daß aus Arbeiterkreisen ihr täglich Klagen darüber zulaufen, daß bei der Milch von Tag zu Tag anstatt eine Besserung eine Verschlechterung des Versorgungszustandes eingetreten ist. Die Gewerkschaftskommission bittet den Magistrat dringend, bei den zuständigen Reichsstellen unter Hinweis auf die Notwendigkeit einer besseren Versorgung vorstellig zu werden.

Auch der Nationale Frauendienst hat in einer Eingabe an den Magistrat die Bitte ausgesprochen, unermüdet Maßnahmen in die Wege zu leiten, durch die eine Besserung der jetzt bestehenden, vollkommen ungenügenden Versorgung der Bevölkerung mit Milch in Berlin erreicht wird.

Den unbestreitbar schweren Unzulänglichkeiten gegenüber scheint, wie das Nachrichtenamt des Magistrats hinzufügt, unerklärlich, wie die Reichs- oder Landesstellen sich darauf beschränken kann, lediglich eine Forderung von der natürlichen Entwicklung zu erhoffen, ohne ihrerseits eine entscheidende Maßregel anzukündigen. Der Präsident des Kriegsernährungsamtes hat wörtlich erklärt: Die Bewirtschaftung der Vögel- und Magermilch, der sich gegenwärtig noch besondere Schwierigkeiten entgegenstellen, wird zunächst mit allem Nachdruck betrieben, und ich erwarte eine Besserung der auf diesem Gebiet bestehenden besonderen schweren Verhältnisse. Dagegen beschränkt sich die Landesstelle darauf, ihre eigene Tätigkeit anerkennt hervorzuheben, die es nicht hat verhindern können, daß die Zufuhr nach der Stadt weit tiefer geblieben ist als die Erzeugung auf dem Lande. Es ist von höchster Wichtigkeit, daß die Abhilfe des Kriegsernährungsamtes so schnell als möglich zur Durchführung gelangt.

„Wiss und Viehle.“

Des vielgelesenen Romanschriftstellers Fedor v. Jodelitz bisher in Berlin noch nicht aufgeführtes Lustspiel, das zu der großen Familie harmlos zufriedener Familien- und Salonstücke gehört, fand in der trefflichen Darstellung im Schillertheater-C. eine überaus freundliche Aufnahme. Reizend, die um keine Lebensnot zu sorgen haben und die für diese Kunst sich durch eine gewisse Gutmütigkeit erkennen lassen, werden in gefällig leichten Verwicklungen von einigen Herzensstücken kurziert. Auch wo das Schicksal ihnen einmal einen Wunsch verleiht, zeigt es sich jähleidend mitleidend liebenswürdig. So verlassend die Vorherrschafft jenes Genres auf der Bühne wirken muß und so begründet daher eintritt die Schärfe war, mit der der junge Naturalismus sich dagegen wandte, als gelegentliche Nebenrolle wird das Theater darauf so wenig wie etwa auf die Unterhaltung durch tolle Schwankstücke verzichten können. Und Jodelitz betreibt das Handwerk in dem Stück mit einer diskreten Geschicklichkeit, die nirgends, um zum guten Ausgang zu gelangen, in aufdringliche Verdrehungen verfällt.

Das bekannte, eben aus den Pädagogischen Schulen herausgeschlüpfte Jungfräulein mit der bekannten unüberstehlichen Natürlichkeit, entzückt hier, ehe es hier in den Verlobungshäfen bei dem bekannten hübschen jungen Mann landet, in zwei schon älteren Herren der Aristokratie Johannstriebe; der eine, der die schöne kleine Witwe mit Bräutigams Hoffnungen unter keine Fittiche nahm, erludt den anderen, das Mädchen in seinem Hause aufzunehmen und zu adoptieren. Damit die Dame, wenn er heiratet, einen Adelsmittel führe. Wie die Zurückhaltung des jungen Bluts, die starke Sympathie, mit welcher sie dem neuen, noch immer stattdessen Papa bregnet, dessen Junggefellenschele, ohne es zu ahnen, noch in verspäteten Mann ist, und wie der eigenwillige Junger, nachdem sein Hoffungsstraum überflogen, zum schlichten Beside gute Witwe macht (nicht anders als der erste Ehelandidat), das wird mit lächelnd-kühnig munteren Episoden und hier und da zugleich mit einem Einschlage intimerer Psychologie in der Komödie unterhaltsam durchgeführt.

Die Charaktergegensätzlichkeit der beiden hemoisten Nivolen erhebt im Spiel der Herren Senger und Darmuth erquicklich lustigen Ausdruck. Sehr frisch war auch das Mädchen Gusti Bederz und Herr Braun in der Figur des kalten jungen Mannes, der die Umworbenen zuletzt als Braut heimführt. dt. Zugzusammenstoß auf Bahnhof Groß-Lichterfelde-Ost. Antisch wird mitgeteilt: In Kilometer 7,6 der Fernstrecke Berlin-Galle ist Sonntag vormittag gegen 7 Uhr 15 Minuten der Schnellzug D 144 durch Ueberfahren des Blocksignals

bei Bahnhof Südenbe aus dem am Einfahrtsignal B 1 des Bahnhofs Groß-Lichterfelde-Ost haltenden Güterzug 7810, der Verpätung hatte, mäßig aufgefahren. Wenigstens glücklicherweise nicht verlegt. Vom Güterzug 5 Wagen entgleist. Der Verkehr nach Halle mußte umgeleitet werden, der Personenverkehr von Halle wurde durch Umsteigen in Groß-Lichterfelde-Ost aufrechterhalten. Störung war um 3 1/2 Uhr nachmittag beseitigt. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Verwegene Einbrecher. Zwei Kavaliercambredier namens Ehrhardt und Schulz, die in Menzberg schwere Strafen zu verbüßen hatten, aber von ihrer Arbeitsstelle in Hammelmeer entwichen waren, wurden kürzlich, wie wir mitteilen, von der hiesigen Kriminalpolizei ermittelt und wieder festgenommen. Jetzt verhaftete die Kriminalpolizei auch den dritten Mann, der noch zu der Bande gehörte, einen 38 Jahre alten früheren Soldater Friedrich Gerlach, der in Berliner Verbrecherkreisen auch schon lange eine Rolle spielte. Das Dreierstück machte in ganz ungewöhnlicher Weise zuletzt die Provinz unsicher. Gegen Ehrhardt und Schulz schwebt bei dem Landgericht Hagen i. W. eine Voruntersuchung wegen 20 großer Einbrüche. In den meisten Fällen ist die Bande, die große Verstecke, schon überführt. Verdacht fiel auf die drei Reisenden um so weniger, als sie stets sehr gekleidet gingen und in den besten Hotels wohnten. In Weimar glaubte man einmal, die Bande schon im Reich zu haben. Das ganze Land war unruhig, alle Ausgänge waren besetzt. Aber nicht alle Feinde. Da ergriff Ehrhardt, ein Verbrecher mit Nerven von Stahl, einen Stuhl, hielt ihn vor sich, rannte so durch die Fensterscheiben und entflohen. Schulz und Gerlach folgten ihm lächelnd und entsamen ebenfalls. Gerlach aber verlor seinen Hut mit den Anfangsbuchstaben seines Namens. Er verlegte sich außerdem an den Armen und Beinen. Während er um die Stadt herumging, lehrte Ehrhardt ganz dreist noch einmal nach Weimar zurück und kaufte für seinen Spießgesellen einen neuen Hut. Der alte aber führte auf seine Spur.

Treibermende gefast. Einen guten Fang hat der Gendarm in Wanditz mit Hilfe eines Berliner Kriminalschuttmanns gemacht. Seit Wochen machte eine Bande die Fabriken unsicher, indem sie einbrach und die Treibriemen entwendete, wodurch die Betriebe stillgelegt wurden. In Reinickendorf, Tegeln, Forstwald u. a. ist ihr unerforschbares Material in die Hände gefallen. Als ihr diese Gegenstände zu „unthier“ wurde, verlegte sie das Feld ihrer Tätigkeit nach anderen Orten. In Schönwalde wurden mehrere Holzbetriebe empfindlich heimgegriffen. In Wanditz lief die Bande dann einem Gendarmen in die Hände. Drei von ihnen wurden gefesselt dem Amtsgericht in Oranienburg zugeführt. Der vierte, der in Schönwalde sich angeschlossen hatte, wies sich als ein „Kriminalschuttmann“ aus, dem die Bande auf dem Heimweg gegangen war. Zum Abschließen der Leute benutzten die Diebe Kartons, nachdem sie die Riemen zerhackt hatten.

Abgabe von Leihzinsen in Charlottenburg. In der Woche vom 13. bis 21. Januar werden auf Abschnitt 24 der roten Nahrungsmitteleinlage in Charlottenburg 4 Pfund Redstrüben abgegeben.

Der Hund des Prinzen als Strafanzeige. Ein großer schwarzer Dobermann, der dem Prinzen Sigismund gehörte, war im Frühjahr v. J. die Woge der Radfahrer, welche die Chaussee zwischen Wannsee und Glienicke passierten. Der bissige Hund scheint vor allem eine Abneigung gegen die Gendarmen besessen zu haben, denn am 18. Mai belästigte er zwei Wachmeister, die nach dem auf derselben Strecke fuhren. Dieser Vorfall führte zu einer Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung gegen den prinzipalen Lakai Ernst Elhoff, über die das Potsdamer Schöffengericht verhandelte. Er ließ den Hund auf die Straße und sah, wie er einen Gendarm anfiel, der sich jedoch seiner erwehren konnte. Trotzdem lief er der Hund nicht zurück und erklärte ganz ruhig: Der Hund hat ja nicht, der fällt jeden Radfahrer an. Der später vorbeifahrende Wachmeister Verzbach wurde von dem Dobermann ebenfalls angegriffen und ziemlich heftig in das linke Bein gebissen. Als der verletzte Beamte den Lakai zur Rede stellte, warum er den Hund frei herumlaufen lasse, lachte der Lakai. In seiner Vernehmung erklärte der Angeklagte, daß eine besondere Aufsicht über das Tier niemand im Schlosse habe. Er wurde nach dem Antrage des Anwalts wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 100 M. Geldstrafe verurteilt, weil er unmittelbar nach dem ersten Angriff den Hund, der ihm angeblich nicht gehorche, wieder auf die Straße gelassen und dadurch die Sicherheit der Passanten gefährdet habe.

Eine traurige Auskunft hat das Verschwinden eines jungen Mädchens gefunden. Die 17 Jahre alte Arbeiterin Berta Becker aus der Postener Straße 48 wurde seit dem 7. v. M. vermisst. Bald nach ihrem Verschwinden fand man am Engelufer ihr Umhangstück.

Die Vermutung, daß das Mädchen in den Kanal gesprungen sei, hat sich jetzt bestätigt. Gestern landete ein Schuhmann ihre Leiche. Sobald sie in den Tod gegangen ist, weiß man nicht.

Haftschuld vom Lande auf Spekulationsfabriken. Vorgefunden in einer Wirtschaft am Blücherplatz zwei Frauen aus Treptow a. M., Mutter und Tochter, mit großen sauberen Portemonnaie. Sie tranken sich und fragten dann wie beiläufig, ob man nicht Bedarf an Eiern, Butter, Säubern, Fleisch- und Leberwurst habe. Andere Gäste spürten die Thron, und als sie hörten, daß zum Beispiel ein Ei 50 Pfennig kosten sollte, hielten sie einen Schuhmann. Die Frauen erzählten unterdessen, sie hätten zu Hause gehört, was für Preise in Berlin gezahlt würden. Weil sie nun allenthalben übrig hätten, Geld brauchten und Händler nicht zu ihnen kämen, so hätten sie sich selbst auf den Weg nach der Hauptstadt gemacht. Der Schuhmann drohte die Frauen nach der Woge. Ihre Bände enthielten, was sie angegeben hatten. Sie und ihre Trägerinnen wurden dem Kriegsmuseum zur Verhaftung des Weiteren überwiesen.

Auf dem Steintor Bahnhof traf eine Familie vom Lande, Vater, Mutter und Sohn, mit einem großen, schweren Korb ein. Sie waren etwas unbeholfen und fielen zwei Gelegenheitshändlern in die Hände. Ihnen offenbarten sie, daß sie mit frischem Schweinefleisch nach der Hauptstadt gekommen seien, um es teuer zu verkaufen. Die Händler boten ihre Hilfe an und man zog mit den Körben nach dem Köpenicker Markt. Als hier die beiden Händler mit den schweren Körben, die 3 Zentner Fleisch enthielten, in ein Lokal hineingingen, um es anzubieten, während die Bauernfamilie draußen blieb, fiel die ganze Gesellschaft einem Schuhmann auf. Kaum sahen die Leute vom Lande, daß dieser den Händlern nachging, da belamen sie es mit der Woge, liehen alles im Stich und entflohen. Die Händler wurden verhaftet, das Fleisch beschlagnahmt und dem Magistrat überwiesen.

Stellengesuche beim Kriegsamt und Kriegsarbeitersamt zwecklos. Fortgesetzt laufen Stellengesuche aus allen Kreisen der weiblichen Bevölkerung beim Kriegsamt und beim Kriegsarbeitersamt ein. Die Abfender sind der irrigen Meinung, daß dort auch Stellen vermittelt werden. Da das nicht der Fall ist sind Stellengesuche an die genannten Ämter zwecklos. Gewerbliche Arbeiterinnen und kaufmännische Angestellte müssen sich an ihre zuständigen Arbeitsnachweise wenden. Für Frauen, die in der sozialen Fürsorge und in den höheren Berufen arbeiten wollen, wird näheres nach Einrichtung von Arbeitsstellen bekanntgegeben. Bewerbungen von Frauen um ehrenamtliche Arbeit sind bis auf weiteres an die öffentlichen und privaten Fürsorge- und Wohlfahrtsvereinigungen zu richten.

Warnung! Kaum ist Frost eingetreten und schon laufen Nachrichten über Unglücksfälle durch Einbrechen auf dem dünnen Eis ein. Unter anderen brachen auf der Obersee hinter der Sprebrücke bei Retschen dorf vier Kinder am Kogischen Fluß ein. Drei konnten mit vieler Mühe gerettet werden, eins, die 14jährige A. Rohmann, extrant und konnte erst nach mehreren Stunden herausgeholt werden. Bei Trebbin brachen sechs Knaben ein. Zum Glück war dort das Wasser nicht tief. Sie kamen alle mit einem unbedeutenden Bade davon. Aus Potsdam und Spandau werden uns gleich drei ähnliche Fälle gemeldet. In Neuen dorf wurde ein Knabe, der aufs Eis gegangen sein soll, vermisst.

Mehrere Schaufenster- und Geschäftseinbrüche wurden in der Nacht zu gestern verübt. In der Burgstraße erbeuteten die Einbrüche Stoffe im Werte von 2000 M., in der Großen Frankfurter und Dendertstraße für 700 M. Herren-, Damen- und Kinderstoffe, in der Müllerstraße für 2000 M. Schirme und in der Goethestraße in Charlottenburg in den Räumen einer Unterkümmungskommission für 1000 M. Stridwolle.

Beim Aufspringen auf einen Eisenbahnwagen ist in der Nacht zum Sonntag auf dem Bahnhof Döberitz eine junge Dame aus Berlin schwer verunglückt. Sie wollte mit zwei Herren den letzten Zug zur Rückkehr nach Berlin benutzen. Nachdem einer der Herren eingestiegen war, setzte sich der Zug in Bewegung. Die Dame sprang nach, kam aber zu Fall und geriet auf das Geleise. Der Herr zog sofort die Notbremse und der Zug hielt wieder. Die Dame war an den Beinen so schwer verletzt, daß sie nach Berlin in die Charité gebracht werden mußte.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Dienstag mittag. Zeitweise neblig, vielfach heiter, keine oder unerhebliche Niederschläge. Im Mittag mild, in der Nacht zu Dienstag im Binnenlande ziemlich strenger Frost.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Reussstr.; für Literatur: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Bornhorts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Admiralpalast.
Schlittschuhlaufen - Ballett
s. d. Oper „Der Prophet“
und
Frau Fantasie.
Vorzügl. Köhne. Anfang 7 1/2.

**Zentral-Verband der Töpfer
u. Berufsgenossen Deutschlands.**
Filiale Berlin.
Am Dienstag, d. 9. Januar 1917,
verstarb unser Mitglied, der Töpfer

Hugust Berndt
(Bezirk Süd-Öst),
im Alter von 55 Jahren in der
Rachse.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag,
den 16. Januar, nachmittags
4 Uhr, von der Leichenhalle des
Sankt Thomaskirchhofes in Reuss-
str., Hermannstr. 179/184 aus,
statt.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht,
daß meine liebe Frau

Martha Schulze
geb. Zimmermann
am 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr,
verstarb in Wohnung Köppler
Str. 23. Beerdigung am Dienstag,
den 16., nachm. 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Sankt Friedhofs,
Reussstr., Ecke Seestraße.
Max Schulze.

Lombard-Haus
H. Graf, Leipzigerstr. 75 11
Vollständige Belebung
Diskretion, Reellität,
Gelegenheitskafes
Uhren
Brillanten
Schmucksachen
10-50%, unter Ladenpreis

CARDINAL
ZIGARETTEN
sind Qualitätsmarken
FOVEAUX
RAUCHTABAKE
überall erhältlich

Erste Deutsche Ersatzmittel-Ausstellung
verbunden mit Lebensmittelmesse
Eine Kriegsschau deutschen Gewerbfleißes
AUSSTELLUNGS-HALLEN AM ZOO
Nachmittags 4-7 Uhr: Konzert.
Täglich 10 Uhr bis abends 8 Uhr geöffnet. Eintritt 50 Pf.

Spezialarzt
Dr. med. Karl Reinhardt.
Potsdamer Str. 117
Aufklärende 48 Seiten starke Broschüre 50 Pf., nach
außerhalb 1 M. in verschlossenem Kuvert

Nimm Gichto-Rheumin bei
Gicht, Rheumatismus und Nervenschmerzen.
Glänzend begutachtet und bewährt!
In allen Apotheken erhältlich. In Tabletten zu 2 Mk.
und Salbe zur Massage zu 1,50 und 2,50 Mk.
H. Wunderlich, Apoth., Gers-R.

Fredy
Zigaretten
direkt in der Fabrik zu Fabrikpreisen
1000 St. 1s 14,-
1000 - Fredy-Zigarette 1b 20,50
1000 - Harry Walden 3 25,-
1000 - Deutscher Sieg 1d 41,50
Verkauf auch in kleinen
Quanten direkt in der
Zigarettenfabrik Fredy,
Berlin, Brunnenstr. 17, Hof.

Lagerbier
Ersatz ist
Metus-Gold,
Schaum u. Farbe wie Lagerbier.
Malzbier
Ersatz ist
Metus-Caramel
vollmundig, süßig, nahrhaft und
wohlschmeckend.
Beid. Getränke sind ges. geschützt,
werden unt. Garantie weder trübe
noch sauer.
Oider-Trank, Apfelgetränk v. Apparat.
Bioruntersetzer auf Wunsch gratis.
Versand auch nach außerhalb
nicht unter 3 Liter.
Man verl. Gebrauchsanweisung!

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90
Behandl. von Syphilis, Haut-,
Harn-, Frauenleiden, Spekt., Chron.
Röste, Eitrlich-gato-Kuren, Ichnery-
lose, Nervenleiden ohne Ver-
wundung, Blutunterlaufung, Nöh-
Freie. Teilzahlung. Sprechstunden
10-1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Hermann Führer, Berlin,
Marillanstr. 21.
Fernspr. Königsstadt 2919.
Zuschläger
bestellen Colar Fritz & Co.,
Schönberg, Offenbacherstr. 44.

Großformer
und
Masseformer
sowie tüchtige
Kernmacher
sucht bei hohem Verdienst
Aktien-Ges. Freund
Charlottenburg
Franklinstr. 6.

Kräftige Frauen
und
Kernmacherinnen
sucht bei hohem Verdienst
Akt.-Ges. Freund
Charlottenburg
Franklinstr. 6.

Wer verlässiges Schwere,
Gedult, Leder, Zehnische,
Fahradkessel, Filz usw. selbst
anbauen will, verwendet vor-
züglich die
Nähähle Stepperin D.R.G.M.
Solide, beste Konstruktion. Näht
Steppstich wie Maschine. Leicht
zu handhaben. Garantie für
Brandbarkeit. Viele Anerkenn-
ungen. Preis Mk. 2,50 mit
Nadelortierung und Leinwand,
verpackt und postfrei.
In Lederhüllen käuflich
oder direkt durch
Joh. Zucker
Stuttgart-Botnang.